

Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 18.08.2010

BAföG-Blockade aufgeben und Erhöhung zustimmen!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

- I. Der Landtag stellt fest:
 1. In Niedersachsen erhielten nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2009 82 134 junge Menschen (29 430 Schülerinnen und Schüler sowie 52 704 Studierende) Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Im Vergleich zum Vorjahr ist damit die Zahl der BAföG-Empfänger um fast 10 % angestiegen; der durchschnittliche monatliche Förderbetrag liegt bei 407 Euro. Damit bleibt das BAföG die wichtigste Säule der Studienfinanzierung und ist zur Öffnung der Hochschulen für Kinder aus einkommensschwächeren Familien unverzichtbar.
 2. Es ist die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern, das BAföG in seiner Funktion der Breitenförderung und zur Verbesserung von Chancengleichheit aufrechtzuerhalten. Um den Kreis der Geförderten auszuweiten und den veränderten Anforderungen im Studium besser gerecht zu werden, sollen die zuletzt mit der 22. BAföG-Novelle erreichten Verbesserungen in einer neuen Novelle fortgeführt werden.
 3. Die von der Bundesregierung lange angekündigte und vom Bundestag inzwischen beschlossene BAföG-Erhöhung darf nicht am Widerstand der Länder scheitern. Es ist sozial nicht verantwortbar, den Streit über Finanzierungsfragen auf dem Rücken der Studierenden auszutragen. Niedersachsen steht in der Pflicht gegenüber den Studierenden. Die mit der 23. BAföG-Novelle vorgesehene Erhöhung der Bedarfssätze um 2 % und der Elternfreibeträge um 3 % sowie die Anhebung der Altersgrenze für Master-Studierende auf 35 Jahre müssen wie geplant zum Wintersemester 2010/2011 kommen.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,
 1. ihren Widerstand gegen die aktuelle BAföG-Novelle im Bundesrat aufzugeben und der geplanten Erhöhung des BAföG zuzustimmen,
 2. sich für eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes in der Studienfinanzierung einzusetzen.

Begründung

Ein starkes und leistungsfähiges BAföG sorgt für mehr Bildungsgerechtigkeit. So konnte mit der 22. BAföG-Novelle 2008 und der damit u. a. erfolgten Anpassung der Bedarfssätze um 10 % und der Erhöhung der Freibeträge auf das Elterneinkommen um 8 % die Zahl der geförderten Studierenden deutlich erhöht werden. Auch die geplante 23. BAföG-Novelle enthält einige wichtige Verbesserungen für die Studierenden, auch wenn im Interesse einer Verbesserung von Bildungschancen eine deutlichere Erhöhung der Bedarfssätze und vor allem eine Ausweitung der Förderung durch Anhebung der Einkommensgrenzen wünschenswert gewesen wären. Zudem wäre als Konsequenz veränderter Berufsbiografien und der offenen Hochschule zu fordern, statt der jetzt vorgesehenen Anhebung der Altersgrenze für den BAföG-Bezug von 30 auf 35 Jahre ganz auf die Altersgrenze zu verzichten und berufsbegleitende Studiengänge in die Förderung einzubeziehen. Doch jede auch noch so bescheidene Verbesserung ist notwendig und willkommen.

Obwohl sich Bund und Länder auf dem Bildungsgipfel verpflichteten, ihre Bildungsausgaben zu erhöhen, einigten sie sich im Bundesrat zwar auf das vom Bund finanzierte nationale Stipendienprogramm, doch die BAföG-Novelle wurde von den CDU-geführten Ländern blockiert. Geben die CDU-geführten Länder ihren Widerstand nicht auf, können die höheren Bedarfssätze und Freibeträge sowie die Erhöhung der Altersgrenze beim Master-Studium als wichtige Bausteine bei der Anpassung an den Bologna-Prozess zum Wintersemester 2010/2011 nicht in Kraft treten.

Das BAföG wird zu 65 % vom Bund und zu 35 % von den Ländern finanziert. Die Forderung der Länder nach einer Beteiligung des Bundes an den Mehrkosten ist nachvollziehbar, zumal der Bund gleichzeitig einen mehrstelligen Millionenbetrag für ein elitäres und bürokratisches Stipendienprogramm ausgibt, das nur eine kleine Zahl von Studierenden erreichen wird. Diese Mittel wären im BAföG besser und sozial gerechter angelegt. Der Bund muss den Ländern und Kommunen entgegenkommen, um mehr Geld für Bildung gerecht zu finanzieren und dauerhaft abzusichern. Ein möglicher Weg ist, den Spitzensteuersatz auf sehr hohe Einkommen anzuheben und die Mehreinnahmen verbindlich in bessere Bildung zu investieren.

Stefan Schostok
Fraktionsvorsitzender